



Für Religionsfreiheit und den Schutz von Christen

Das „C“ ist für uns Programm



Warum setzt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion besonders für die Religionsfreiheit ein?

Die Religionsfreiheit ist ein zentrales Menschenrecht. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen und das Grundgesetz schützen es. Für viele Menschen ist der Glaube das Fundament ihres Lebens. Sie müssen die Freiheit besitzen, ihren Glauben ohne Zwang und Beeinträchtigung auszuüben. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, betont deshalb: „Lange wurde der Einsatz für die Religionsfreiheit von der deutschen Politik vernachlässigt. Zu Unrecht, denn es geht um einen zentralen Bereich der menschlichen Würde und eine Grundvoraussetzung für ein Leben in Freiheit.“ Weltweit ist zu beobachten, dass die Verletzung der Religionsfreiheit oft von anderen schweren Menschenrechtsverletzungen begleitet wird – bis hin zur Verletzung des Rechts auf Leben.

Wann begann dieses Engagement?

Wir beobachten schon seit Jahren mit Sorge, wie Christen an vielen Orten der Welt zunehmend bedrängt und verfolgt werden. Für die Fraktion ist das „C“ Programm. Wir machen Politik auf Grundlage des christlichen Menschenbilds. Von daher ist es naheliegend, sich mit der Lage der Christen besonders zu beschäftigen. Im Koalitionsvertrag von 2009 wurde die Unterstützung verfolgter Christen als

wichtiges Ziel christlich-liberaler Außenpolitik aufgenommen. Dies ist nicht gegen andere Religionen gerichtet – im Gegenteil: Die Freiheit des Glaubens gilt nach unserer festen Überzeugung für jede Religion. Das schließt den Bau von Gebetsstätten wie Moscheen ein.

Warum gilt den verfolgten Christen das Hauptaugenmerk?

Christen haben weltweit am stärksten unter Bedrängnis und Verfolgung zu leiden. Manche Organisationen sprechen von etwa 100 Millionen betroffenen Gläubigen – Tendenz steigend. Die Nachteile sind vielfältig: Sie reichen von unzureichendem Minderheitenschutz über staatliche Diskriminierung bis hin zu öffentlicher Herabwürdigung, offener Gewaltanwendung oder dem Druck, die Religion aufzugeben. Ein Bekenntnis zum Christentum wird besonders häufig verfolgt, wenn es auf einem Religionsübertritt, einer Konversion, beruht. Es gibt Länder, in denen dies als ein todeswürdiges Verbrechen angesehen wird. Aber auch Angehörige anderer Religionen leiden unter Benachteiligung und Verfolgung, etwa die Ba'hai im Iran oder Menschen jüdischen Glaubens in vielen Teilen der Welt. Dies verliert die Fraktion nicht aus dem Blick.

Was sind die Gründe für die Benachteiligung und Verfolgung von Christen?

Für die Christen ist die Bibel ein Buch der Verheißung. Berufen sich Menschen auf Botschaften der Heiligen Schrift wie Gerechtigkeit und Solidarität, wird dies mitunter als Bedrohung gesellschaftlicher Strukturen empfunden. So sind etwa Übergriffe in Indien zu erklären. Diktaturen wie in Nordkorea bekämpfen wiederum den Freiheitsgedanken, der das Christentum ebenfalls auszeichnet. In islamischen Staaten wird mit der Benachteiligung von Christen der Versuch unternommen, eine Staatsreligion und damit vorgeblich die nationale Einheit zu bewahren. Anderswo versuchen Angehörige

Stand die Verteidigung der Religionsfreiheit bereits auf der Tagesordnung des Bundestags?

Auf Initiative der christlich-liberalen Koalition hat der Bundestag Ende Dezember 2010 den Antrag „Religionsfreiheit weltweit schützen“ verabschiedet (Bundestagsdrucksache 17/2334). Darin forderte das Parlament die Bundesregierung auf, sich noch mehr für die Religionsfreiheit einzusetzen. Auf Einladung der Fraktion verfolgte der Bischof der Chaldäisch-Katholischen Kirche aus Bagdad, Shlemon Warduni, die Debatte. Im Anschluss erinnerte er an das Leid der Christen in seinem Land: „Kommen Sie doch für eine Woche in den Irak, dann werden Sie sehen, ob es die Hölle gibt oder nicht.“ Im Zusammenhang mit dem Wunsch der Türkei nach einem EU-Beitritt wurde im Parlament auch die Lage der Christen erörtert. Das Augenmerk galt mehrfach dem von Enteignung bedrohten Kloster Mor Gabriel. Es ist zu einem Symbol des schwierigen christlichen Lebens in dem Land geworden (Bundestagsdrucksache 17/9185).

Welche Aktivitäten hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion darüber hinaus entfaltet?

Das besondere Engagement der Fraktion zeigt sich auch daran, dass sich einige Abgeordnete zu einem speziellen Arbeitskreis zusammengeschlossen haben. Er ist nach dem ersten christlichen Märtyrer Stephanus benannt. Die Mitglieder des Stephanus-Kreises tauschen sich mit Vertretern von christlichen Minderheiten und Nichtregierungsorganisationen aus. Einzelne Abgeordnete haben zudem parlamentarische Patenschaften für besonders gefährdete Christen übernommen. Zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit hat die Fraktion mittlerweile auch einen Kongress zu dem Thema veranstaltet, an dem hochrangige Vertreter der großen christlichen Kirchen teilgenommen haben.

Auch auf Auslandsreisen wurde das Thema angesprochen. Mit Erfolg?

In Indien hat der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder 2011 die Zusage der Regierung des Bundesstaats Orissa erreicht, die Christen besser vor Übergriffen fanatischer Hindus zu schützen. Tatsächlich wurde zum Bei-



spiel an kritischen Tagen vor den Kirchen verstärkt Polizei postiert, um eine Wiederholung blutiger Übergriffe zu verhindern. Auch bei Besuchen in anderen Ländern wurde die Situation der Christen immer wieder angesprochen. Damit wird den Verantwortlichen klar gemacht, dass die Lage der Christen für das Ansehen des Landes nicht ohne Bedeutung ist.

Wie ist die Rolle der Vereinten Nationen zu verstehen?

Die Vereinten Nationen repräsentieren alle Staaten dieser Welt. Eine Mehrheit in der Vollversammlung für eine Resolution zur Verurteilung der Christenverfolgung war bisher nicht möglich, wie Generalsekretär Ban Ki Moon dem Fraktionsvorsitzenden bei seinem Besuch in New York 2011 erläuterte. Der VN-Generalsekretär ermutigte die Fraktion jedoch, ihren Einsatz für aus religiösen Gründen verfolgte Minderheiten fortzusetzen. Mit Professor Heiner Bielefeldt aus Nürnberg stellt Deutschland einen VN-Sonderberichterstatter für Religionsfreiheit, der auf diesem Gebiet Vorkämpfer ist.

Herausgeber

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
Parlamentarische Geschäftsführer

Kontakt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin
T 030. 2 27-5 53 74 · F -5 01 46
fraktion@cducsu.de
www.cducsu.de

Bürgerinformation

T 030. 2 27-5 55 50
fraktion@cducsu.de

Satz/Layout

Heimrich & Hannot GmbH

Druck

Gedruckt auf Papier aus ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltiger Waldbewirtschaftung

Bildnachweis

Open Doors, CDU/CSU-Bundestagsfraktion/Ulrich Scharlack

Stand

November 2012

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.